GENIE UND FUNKTIONÄR IN DER POLITIK

von

HERMANN HELLER

Die Krise des modernen demokratischen Staates ist begründet einerseits in dem kritischen Zustand der modernen Gesellschaft; sie wird aber andererseits ungebührlich vergrößert durch gewisse kritischen Maßstäbe, welche man an diesen politischen Zustand anzulegen pflegt.

Daß der zentrale innerpolitische Gegensatz heute der sicherlich nicht eingeleisige, sondern mit sehr verwickelten Fronten gekämpfte Klassengegensatz ist; daß die politische Situation durch ein labiles Gleichgewicht der entscheidenden sozialen Machtgruppen gekennzeichnet wird; daß diese Situation nur Koalitionsregierungen gestattet, deren Träger aus Mangel an sozialer Homogenität ihrer Gefolgschaft sich gegenseitig in ihren Aktionen hemmen und in diesem Sinne oft weitgehend neutralisieren; daß auf diese Weise eine aktionsfähige demokratische Regierung nicht selten höchst problematisch wird – alles das dürfte heute ernstlich nicht zu bestreiten sein.

Daß aber das kritische Bewußtsein, mit welchem heute weiteste Kreise an dieses gesellschaftlich-politische Sein herantreten, selbst eine der wesentlichen Wurzeln dieser Krise ist, daß ein soziales Sein niemals unabhängig ist von dem Sollen, den Forderungen, Wünschen, Erwartungen, welche die Gesellschaftsmitglieder bewegen, das soll dargelegt werden.

Unser gesamtes Wissen von Staat und Gesellschaft ist produktiv und normativ, also gesellschaftsgestaltend und niemals objektiv oder neutral im Sinne von unbeteiligt; es bleibt in höherem oder geringerem Grade immer standortsgebunden. Wie immer man das Verhältnis von Sein und Bewußtsein bestimmen mag, immer wird die Diskussion ohne eine klare Herausstellung der vorausgesetzten Gesellschaftsideale und grundlegenden Maßstäbe verwirrend und unfruchtbar bleiben. Die historisch-politische Verumständung, die tatsächlichen Machtverhältnisse, das positive Recht, auf

die man sich heute meist als „objektive“ Faktoren zu berufen pflegt, sie selbst werden je nach den verschiedenen Ausgangspunkten gänzlich verschieden gedeutet und bewertet werden.

Die Krise des modernen Staates ist nicht zuletzt auch davon beeinflußt, welche Stellung man der Regierung in der Demokratie zubilligt. Zwei sich bekämpfende Ideale stehen sich hier gegenüber; das eine möchte Regieren als geniales Improvisieren, das andre als massenautomatisches Funktionieren verstehen. Die beiden Ideale bezeichnen, wie nachdrücklich hervorgehoben werden muß, zunächst nur zwei politische Methoden und nicht verschiedene politische Willensinhalte. Ob Massenautomatismus oder Geniereligion revolutionär oder konservativ sind, kann nur im konkreten Fall entschieden werden.

Für die massenautomatische Gesellschaftsauffassung ist und bleibt die Regierung eine Einrichtung ohne eigenständige politische Bedeutung. Denn nach ihrer vorausgesetzten Grundauffassung bildet sich die Staat genannte Entscheidungs- und Wirkungseinheit grundsätzlich und ausschließlich immer von unten auf, in der einstufigen Masse, „von selbst“ und bedarf dazu entweder gar keiner oder doch nur eines Minimums an Führung von oben. In ihrer klassischen Form ist es die prästabilierte Harmonie des Liberalismus und dessen verlorenes und wiederzufindendes Paradies auf Erden, die jede Regierung als vorläufig notwendiges, aber möglichst bald zu überwindendes Übel versteht. Der Mensch ist gut oder kann es doch werden und braucht deshalb „eigentlich“ gar keine Regierung. Für J. G. Fichte etwa steht am Anfang der Zustand der vernünftigen Freiheit, der am Ende der Zeiten wiederkehren wird; Regierung aber ist nur in der sündhaften Gegenwart notwendig; ihr wahrer Zweck ist: „sich selbst überflüssig zu machen“.

Das regierungsfeindliche, weil seinerzeit antimonarchische Ressentiment des bürgerlichen Liberalismus und sein massenautomatischer Optimismus haben sich in voller Jugendfrische bis in unsere Tage konserviert, am reinsten und besonders widerspruchsvoll in jenem Sozialismus, der seine prinzipielle Oppositionsstellung nicht vergessen kann. Engels, der im Politischen ein Liberaler vom reinsten Wasser war, hatte das Ideal nach Überwindung des Klassengegensatzes folgendermaßen beschrieben: „Das Eingreifen einer Staatsgewalt in gesellschaftliche Verhältnisse wird auf einem Gebiet nach dem anderen überflüssig und schläft dann von selbst ein. An die Stelle der Regierung über Personen tritt die Verwaltung von Sachen

und die Leitung von Produktionsprozessen. Der Staat wird nicht abgeschafft, er stirbt ab." Nach Bebels „Die Frau und der Sozialismus", wohl dem meistgelesenen sozialistischen Buch in Deutschland, sind in der neuen Gesellschaft, deren Panier der „unausgesetzte menschliche Fortschritt und die unverfälschte Wissenschaft" sind, alle Gegensätze verschwunden: „Befriedigung des persönlichen Egoismus und Förderung des Gemeinwohles stehen miteinander in Harmonie, sie decken sich." Das Überflüssigwerden von Staat und Regierung, die sich Bebel im wesentlichen als Polizisten vorstellt, schildert er folgendermaßen: „Mit dem Staat verschwinden seine Repräsentanten: Minister, Parlamente, stehendes Heer, Polizei und Gendarmen, Gerichte, Rechts- und Staatsanwälte, Gefängnisbeamte, die Steuer- und Zollverwaltung, mit einem Wort: der ganze politische Apparat ... Die Hunderttausende ehemaliger Repräsentanten des Staates treten in die verschiedensten Berufe über und helfen mit ihrer Intelligenz und ihren Kräften den Reichtum und die Annehmlichkeiten der Gesellschaft vermehren." Der Sozialismus ist sich auch heute noch, da seine politische Stellung grundlegend gewandelt ist, noch viel zu wenig bewußt, in welchem Maße dieser Gedanke von der Ersetzung der Regierung über Personen durch die Verwaltung von Sachen – übrigens ein wörtliches Zitat aus Saint-Simon – seinem ureigensten Wollen widerspricht und nichts anderes als ein liberales bürgerliches Erbgut darstellt.

Das juristische Korrelat dieses Massenautomatismus ist der Gesetzesautomatismus. Noch heute lernt der Student, im Rechtsstaat gäbe es drei Gewalten, die gesetzgebende und die richterliche Gewalt und schließlich die Verwaltung, welche der klassische Rechtsstaatsrationalismus als Vollziehung von Gesetzen ansieht. Unter dieser entpersönlichten, gesetzesautomatischen Verwaltung begreift er auch die Regierung. Daß schon die richterliche wie die Verwaltungstätigkeit die bedeutsamsten Elemente subjektiver Entscheidung und freien Ermessens, damit aber menschlicher Herrschaft enthalten müssen, daß vor allem andern die Regierung als richtunggebende Initiative und Leitung sowohl in der Innenpolitik wie erst recht in ihrer Tätigkeit nach außen durch Gesetze entweder gar nicht oder nur in bestimmten Beziehungen bindbar ist, will der liberale Rechtsstaatsrationalist, der eben an die Vorausberechnung aller schöpferischen Zukunft glaubt, nicht wahr haben.

Im achtzehnten Jahrhundert unterstützte diese Lehre von der Einebnung der Regierung in die gesetzesvollziehende Verwaltung den Kampf

des Bürgertums gegen die Prärogative des Monarchen. Im neunzehnten Jahrhundert dient sie, je nachdem, ob sie als Seins- oder Sollensbehauptung auftritt, sowohl dazu, das Mißtrauen gegen die Objektivität der staatlichen Exekutive zu wecken oder auch zu beruhigen. Das politische Ideal dieser Nomokraten ist die entpersönlichte „Gesetzesherrschaft", ihre ideale Regierung ein diese Gesetze anwendendes Gericht. Der konsequenteste Vertreter dieser Nomokratie in der Gegenwart ist Hans Kelsen, der die Formulierung riskiert: „Der Idee der Demokratie entspricht die Führerlosigkeit." In solcher Reinheit hat der Massen- und Gesetzesautomatismus heute allerdings Seltenheitswert. Als grundlegendes Ideal bildet er aber die Voraussetzung aller jener politischen Theorien, Ideologien und Aktionen, welche die selbständige Bedeutung einer repräsentativen Regierung leugnen. Hierher gehört ebenso Labands Identifizierung von politischer Repräsentation und privatrechtlicher Stellvertretung, wie jene politischen Auffassungen, welche in der Revolution zu den Bezeichnungen „Rat der Volksbeauftragten", „Vollzugsrat", „Vollzugsausschuß" kamen und auch heute in der Regierung nichts als einen „Ausschuß", ein „verkleinertes Abbild" des Parlaments sehen wollen. Hierher gehört der Antrag Cohn in der 25. Sitzung des Verfassungsausschusses der Nationalversammlung: „Der Reichstag hat die Oberaufsicht über die Verwaltung des Reichs und die Rechtsprechung, er kann der Reichsregierung und dem Reichspräsidenten bindende Anweisungen in Verwaltungssachen erteilen." Hierher gehört vor allem auch die fast klassische Formulierung eines sozialdemokratischen Publizisten: „Regieren im deutschen Parlamentarismus heißt vertreten sein"; noch besser wäre gewesen: „Sich vertreten lassen."

Dem Massenautomatismus erscheint so die Regierung als eine demnächst zu überwindende technische Notwendigkeit, der keinerlei selbständige, eigenwertige politische Bedeutung zukommen darf. Schon sein gegenwärtiges politisches Handeln wird von der idealen Vorstellung beeinflußt, daß eines Tages das Regieren von einem massenautomatischen Funktionieren abgelöst wird.

Den polaren Gegensatz zum Funktionärideal bildet die politische Geniereligion. Diese heroisierende Gesellschaftsauffassung versteht die staatliche Einheit ausschließlich als das Werk genial wirkender Heroen und das ewig unmündige Volk lediglich als Wachs in den Händen dieser Führer. Der Massenautomatismus erstrebt die vollendete Abhängigkeit des

Funktionärs von der ihn lenkenden Machtgruppe; der Heroenglaube erhebt das Genie über alle materiellen und ideellen Notwendigkeiten der Gesellschaft. Der erstere glaubt, daß die gemeinsame Vernunft oder gemeinsame Ideale und Gesetzmäßigkeiten die notwendige staatliche Einheit, eventuell nach Beseitigung des Klassengegensatzes, herrschaftslos herstellen würden. Die Geniereligion läßt die politische Einheit in der Vielheit durch keinerlei ideelle Wertgemeinschaft oder relativ objektive Gesetzmäßigkeit, sondern einzig und allein durch die Herrschaft eines princeps legibus solutus entstehen. Insbesondere in ihrer gegenwärtigen lebensphilosophischen Form erscheint ihr jeder Glaube an Idee und Vernunft in der Gesellschaft als Utopie. Homo homini lupus ist ihr pessimistisches Credo. In Parlamentarismus und Rechtsstaat vermag sie nur die Bindung der großen Führer an den Willen der Massen zu sehen, an die Allzuvielen, die doch nicht wissen, was sie wollen. Der Parlamentarismus zwingt den großen Menschen zur Diskussion, zum Verhandeln, und die Gewaltenteilung hemmt sein geniales Handeln. Einen Glauben an irgendwelche Sinngehalte der Politik besitzt solcher radikal desillusionierter Macchiavellist nicht. Er ist Aktivist um der Aktivität willen; die gewalttätige Bewegung ist ihm alles, das Ziel nichts. Alle Ideologien von Christus bis Marx sind ihm gleichwertig und haben lediglich den Zweck, das starke Individuum im ewig gleichen Kreislauf der Eliten an die Macht zu bringen und ihm Regierung als geniale Improvisation zu ermöglichen. „Wir spielen auf allen Saiten der Leier, wir spielen von Gewalt und Religion, von Kunst und Politik" erklärte Mussolini am 5. Oktober 1922, wenige Tage vor dem Marsch auf Rom. Die Notwendigkeit einer politischen Wertgemeinschaft wird von der Geniereligion zwar keineswegs bestritten; es wird aber behauptet, daß ihr Inhalt zur souveränen Disposition des starken Mannes steht, der ihn als Mythos „idealistisch", d. h. unabhängig von den sozialen und geistesgeschichtlichen Gegebenheiten und Notwendigkeiten der Gesellschaft improvisiert und mit Gewalt der Masse oktroyiert.

Die politische Geniereligion muß notwendig Gewaltreligion sein: kennt doch die Dynamik ihrer Staatsbildung ausschließlich die Richtung von oben nach unten. Die genialen Improvisationen des starken Mannes lassen sich nur durch Zwang und Herrschaft, dann aber unabhängig von inner- und außenpolitischen Bedingungen, von Vernunft und Einsicht, der Masse einbilden. Ihr Staatsideal ist heute, da das Zeitalter der legitimen Monarchie endgültig vorbei ist, die Diktatur.

Genie- oder Funktionärregierung, – schon die Fragestellung bedeutet die Alternative zweier Einseitigkeiten! Weder Massenautomatismus noch Geniereligion sind mögliche politische Denkweisen. Sowohl die massenautomatisch funktionierende wie die genial improvisierte staatliche Einheit sind nur als Wunderaberglauben möglich. Das massenautomatische Wunder, eine verfälschte Erneuerung des alten Staatsvertragsgedankens, würde letztlich die Aufhebung aller gesellschaftlichen und individuellen Verschiedenheiten und Gegensätzlichkeiten, die Auflösung des Individuums in der Gesellschaft bedeuten. Anders ist die herrschaftslose, politische Einheit in der Vielheit der Gruppen und ihrer Funktionäre ohne repräsentative Entscheidung nicht vorstellbar. In jeder, erst recht in einer derart gespaltenen Gesellschaft wie der unsrigen, kann die lebensnotwendige politische Einheit nur durch Repräsentation, d. h. durch eine von den Gegensätzen der koalierten Massen relativ verselbständigte Entscheidungsgewalt der Regierung hergestellt werden. In der Diktatur ist diese Repräsentation eine souveräne, d. h. von den Beherrschten völlig verselbständigte, ihnen mit Gewalt aufgezwungene und von ihnen nicht abberufbare. In der Demokratie ist die repräsentative Stellung und Bestellung der Regierung eine magistratische.

Aber auch die demokratisch abberufbaren Repräsentanten müssen, solange sie zur Repräsentation berufen sind, eine weitgehende Ermessensfreiheit für ihre verantwortlichen Entscheidungen beanspruchen. Nur wer Entscheidungsgewalt hat, kann Verantwortung haben. Für die Herrschaft, wie für die Verantwortung muß aber auch in der Demokratie das Gesetz der kleinen Zahl gelten. Nur so kann das in der Demokratie an sich schon sehr schwierige Problem der Verantwortung gelöst werden. Wenn mehrere hundert Abgeordnete die Verantwortung für eine Entscheidung tragen und gar noch Abgeordnete verschiedener Koalitionsparteien, so trägt niemand die Verantwortung.

Diese repräsentative Zurechnung von politischer Verantwortung für Vorteile und Nachteile ist ein entscheidendes Element der Führerstellung. Jede Gefolgschaft wird unsicher, wenn sie keine Adresse weiß, an die sie sich halten kann. Ohne diese verantwortliche Entscheidungsgewalt kann kein Minister Vertrauen erwerben. Denn politisches Vertrauen kann man nur zu jemand haben, der weiß und, vor allem andern, kann, was er will. Deshalb bemerkt der große Empiriker der Demokratie, James Bryce, man könne von gewöhnlichen Bürgern nicht viel an politischen Nachdenken und Aufmerksamkeit verlangen; wohl aber sei er imstande, einige wenige

Männer für den öffentlichen Dienst auszusuchen und auch diese wenigen so im Auge zu behalten, „daß sie, jeder von ihnen, fühlen, sie trügen Verantwortung und müßten Rechenschaft geben, sei es für das was sie selbst tun, sei es für ihre Aufsicht und Leitung andrer. Auf diese wenigen Leute muß der Scheinwerfer sein unablässiges Licht halten, im großen wie im kleinen Regierungsbezirk, in Stadt und Land, im Staat wie in der ganzen Nation."

Diese Repräsentanten, vor allem aber die Regierung, müssen den Mut zur Entscheidung und Verantwortung haben. Ein sächsischer Minister hat das entsetzliche Wort geprägt: „Lieber mit den Massen irren, als daß die Massen an uns irre werden." Mit solchen Maximen behält man zwar vorläufig seinen Posten, die Massen aber werden erst recht irre an einem Führer, der ihnen immer nur folgt, anstatt sie zu führen. Ein Minister, der nicht in jedem Augenblick seine Stellung zu riskieren bereit ist, wird schon deshalb schwach und im Parlament den dauernden Intrigen, Wünschen und Geschäften der Parteien ausgeliefert sein. Poincaré konnte sich in einer Koalitionsregierung, die in mancher Hinsicht schwieriger war als die deutschen Koalitionen, nur dadurch durchsetzen, daß er das Parlament immer wieder dazu zwang, ihn entweder als entscheidenden Repräsentanten anzuerkennen oder fortzujagen. Möglich, daß ähnliche Versuche bei uns ein- oder zweimal mißglücken würden. Beim dritten Male würde ein Kanzler, der wüßte, was er will, sich durchsetzen. Unser Parlamentarismus kennt bisher weder ein volles Mißtrauensvotum, noch eine ausdrückliche Vertrauenserklärung; man begnügt sich mit allerlei Halbheiten, mit beschränkten „Billigkeitserklärungen", Stimmenthaltungen, Koalitionen ohne Koalitionsbindungen usw. Selbstverständlich würde eine solche Verselbständigung der Regierung gegenüber dem Parlament eine Reihe von Neuordnungen unseres politischen Lebens zur Voraussetzung haben. Vor allem dürften der Kanzler und seine Minister nur mit einem Bein im Parlament stehen; mit dem andern müßten sie draußen, im Volk, in ihrer Parteiorganisation viel fester wurzeln, um gegebenenfalls das Parteiplebiszit gegen die Fraktion anrufen zu können.

Entgegen diesen einfachen Wahrheiten will das massenautomatische Gesetzesdenken in der Regierung nicht den Ort der einheitlichen Führung und verantwortlichen Entscheidung sehen, den Ort, an welchem zu allererst die vorhandenen Gegensätze unbedingt durch Kampf und Tat entschieden

werden müssen; sondern Regieren heißt ihm massenautomatisches Funktionieren, Regierung ist ihm eine Art clearing-house der verschiedenen politischen Strömungen. Bei der gegebenen sozialen Gleichgewichtsstruktur muß aber eine heutige Koalitionsregierung nach dieser Auffassung zu einer massenautomatischen Verrechnungsstelle der vorhandenen Kräfte werden, die sich gegenseitig aufheben und mit mathematischer Notwendigkeit das Resultat Null, also Aktionsunfähigkeit der Regierung ergeben. Eine uneinheitliche, schwache oder völlig aktionsunfähige Regierung stellt sich dann als ein schicksalsmäßig notwendiger und deshalb richtiger Zustand dar, den kein vernünftiger Mensch bedauern, geschweige zu ändern versuchen kann. So wird diese willenlähmende Vorstellung, welche die niemals wirklich zu berechnende Gesellschaftsdynamik mechanisch verfälscht, selbst zu einem jener Faktoren, welche die vorhandene politische Krise in hohem Maße verstärken, die Ausrottung dieses Denkens zu einer wichtigen Voraussetzung der politischen Gesundung.

Als eine Art Erlösungsidee vom massenautomatischen Aberglauben beeinflußt die ebenso einseitige politische Geniereligion ebenfalls in verhängnisvoller Weise den an sich bereits krisenhaften Gesellschaftszustand, indem sie in den Menschen den Glauben erweckt, irgendein starker Mann vermöge, losgelöst von allen gesellschaftlichen Gegensätzen und Bindungen, die Neuschöpfung der politischen Einheit in sieben Tagen zu vollbringen. Gewiß ist es richtig, daß dann – aber auch nur dann –, wenn Genie und Situation zusammentreffen, Ereignisse entstehen können, über welche – um mit Goethe zu sprechen – die Welt vom Erstaunen sich noch Jahrhunderte nicht erholen kann. Unsinnig aber ist es, diesen bestenfalls alle hundert Jahre einmal eintretenden Ausnahme- und Gnadenzustand zum politischen Programm zu machen, ohne zu fragen, ob gerade diese konkrete Lage ein Genie besitzt und kennt, ohne zu fragen, ob das etwa vorhandene und bekannte Genie sich in dieser Situation zu bewähren vermag.

Das deutsche Angebot an starken Männern von Hitler über Hugenberg bis Thälmann ist quantitativ gewiß nicht unbefriedigend, die Nachfrage aber bis jetzt der Qualität noch durchaus entsprechend. Eine politische Geniereligion ohne Genie erledigt sich aber von selbst. Bliebe also noch die Frage, was denn ein diktatorischer Gewaltapparat in den Händen eines Durchschnittsmenschen an unserer politischen Situation bessern soll? Unsre gegenwärtigen parlamentarischen Koalitionsregierungen sind sicherlich

unbefriedigend genug. Ein verantwortungsbewußter Politiker soll aber nach einem treffenden Worte von Montesquieu niemals einen mangelhaften Zustand beseitigen, bevor er nicht weiß, was er Besseres an seine Stelle zu setzen vermag.

Nehmen wir also an, es sei tatsächlich möglich – was ich angesichts unsrer außenpolitischen Lage und angesichts des innerpolitischen Gleichgewichts der antagonistischen Kräfte ohne brutalste Gewaltanwendung und damit ohne schwerste dauernde Schädigung von Staat und Wirtschaft in Deutschland für ausgeschlossen erachte – durch eine „starke, festformierte, in sich geschlossene, hierarchische Organisation" das veraltete „Verfassungsklischee" des parlamentarischen Rechtsstaats, an dem gerade die großen Industriestaaten „merkwürdigerweise" noch immer festhalten, in die „überaus moderne" Form einer fascistischen Diktatur zu überführen (C. Schmitt) – denn nur diese kann bei der Schwäche des deutschen Bolschewismus gemeint sein – wäre damit tatsächlich „der höhere, aus eigener Kraft und Autorität entscheidende Dritte" geschaffen?

Daß diese charismatische Herrschaftsform ohne das Charisma eines Herrn eine direktionslos rasende Gewaltmaschine und deshalb der grauenvollste Unfug wäre, darüber braucht wohl nicht gestritten zu werden.

Nehmen wir aber an, es spränge wunderbarerweise doch noch der deus ex machina, und das bislang unsichtbare politische Genie würde uns im letzten Augenblick geschenkt – was könnte es in unsrer sozialen Gleichgewichtsstruktur effektiv leisten? Könnte es die Neutralisierung der parlamentarischen Regierung beseitigen? Der romantische Ästhet der Politik, der weniger auf effektive als effektvolle Leistungen der Regierung Wert legt und so eine Art elegantes Taumeln zwischen Revolution und Konterrevolution, zwischen Diktatur und Anarchie, zwischen Sorel und Mussolini am schönsten findet, wird diese Frage entweder gar nicht aufwerfen oder unbedenklich bejahen. Ich behaupte dagegen und glaube es gezeigt zu haben, daß der fascistische höhere Dritte zunächst einmal in den entscheidenden politischen Fragen, in der Auseinandersetzung zwischen Kapital und Arbeit, in der Agrarfrage usw. mit allen seinen effektvollen Gesten effektiv gar nichts geleistet, sondern in Wahrheit diese Fragen neutralisiert, nämlich als diktatorische Formelkompromisse behandelt hat.

Und wie könnte das anders sein? Nur die romantische Geniereligion des Staates kann glauben, daß der Diktator die zugegebene soziale

Gleichgewichtsstruktur mit Bajonetten, heldischen Mythen, „religiösem Kunstgewerbe" und großen Gesten wesentlich verändern könnte. Und nur, wem allein wichtig ist, daß dem profanum vulgus diktiert wird und dem es recht gleichgültig ist, was diktiert wird, kann leugnen, daß die Diktatur alle wirklich entscheidenden politischen Fragen neutralisieren, d. h. vertagen müßte. Wenn gewisse deutsche Staatstheoretiker ironisch auf die Formelkompromisse der Weimarer Verfassung hinweisen und dabei namentlich das Verhältnis von Kirche zu Staat und Schule bezeichnen, so hätten sie die Verpflichtung, zu sagen, ob der „höhere Dritte" im Deutschen Reiche katholisch, protestantisch, freidenkerisch oder wie er sonst diktieren könnte. Genau das gleiche gilt für die andern, im zweiten Hauptteil der Verfassung zweifellos vorhandenen dilatorischen Kompromisse. Glaubt jemand ernstlich, daß die Frage Liberalismus oder Sozialismus durch Dekrete eines diktatorischen Dezisionismus zu lösen wäre, den Karl Renner einmal mit Bezug auf die Sowjetdiktatur sehr gut als Dekretinismus bezeichnet hat?

Das größte Wunder der politischen Geniereligion ist eben die Schöpfung einer politischen Wertgemeinschaft aus dem Nichts. Die parlamentarische Regierungsform trägt der Tatsache Rechnung, daß heute eine einheitliche Gesellschaftsanschauung nicht da ist, läßt aber im Gegensatz zur Diktatur ihrer Entstehung Raum. Sie lügt der Welt nicht das Vorhandensein einer politischen Wert- und Willensgemeinschaft vor, die doch nur der Wille eines Diktators wäre, der die andern zu ihrer äußerlichen Anerkennung zwingt und sie eben damit im tiefsten politisch korrumpiert.

Weder Massenautomatismus, noch Geniereligion sind mögliche politische Denkweisen. Die Geniereligion mutet der Regierung zu viel und dem Volke zu wenig, der Massenautomatismus mutet dem Volk zu viel und der Regierung zu wenig zu. Das unsrer deutschen Situation entsprechende Ideal kann allein sein: ein lebendiges politisches Wollen des Volkes, formuliert und geführt durch den energischen Willen magistratischer Repräsentanten, die, solange ihre verfassungsmäßige Berufung dauert, die Möglichkeit und den Willen haben müssen, ihre verantwortliche Meinung gegebenenfalls auch gegen ihre Partei durchzusetzen, wenn es die Einheit des Kabinetts und damit des Staates erfordert.

Zweifellos ist eine starke politische Verselbständigung der Regierung im Rahmen des demokratischen Parlamentarismus eine unbedingte Notwendigkeit. Eine Regierung, die nur aus Funktionären besteht, die

funktionieren, wenn unten am Bändchen gezogen wird, kann weder im Parlament, noch im Volk auf Autorität Anspruch erheben. Sie selbst ist es, die den Parlamentarismus ad absurdum führt und zur Schrittmacherin einer fascistischen Diktatur wird. Solange allerdings nicht die Notwendigkeit eines einheitlichen Kabinetts eingesehen und ein Zustand erträglich gefunden wird, in dem nicht das verantwortliche Ministerium, sondern die unverantwortlichen Parteivorsitzenden eventuell auch gegen die Minister die Regierungsentscheidungen fällen, ist wenig zu machen. Erstaunlich ist es, daß eine so sehr auf Repräsentation aufgebaute Partei, wie die sozialdemokratische, die selbst am besten weiß, daß ihre Einheit niemals anders möglich wäre, als durch ein System von selbständigen, repräsentativen Entscheidungen vom Lokalvorstand bis zum zentralen Parteivorstand, die Notwendigkeit der repräsentativen Entscheidungen durch das Kabinett nicht nachdrücklicher betont.

Über verfassungsrechtliche Maßnahmen zur Stärkung der deutschen Regierungsgewalt ließe sich reden, obzwar hier mehr als anderswo der Satz gilt: Männer, nicht Maßnahmen! Meines Erachtens haben die Reichsregierung und der Reichspräsident, der im weiteren Sinne mit zur Regierung gehört, schon jetzt alle verfassungsrechtlichen Befugnisse, die sie für ihre Initiative und Vermittlungstätigkeit innerhalb eines demokratischen Staatswesens brauchen.

Falsch ist es, das parlamentarische System, das in andern Großstaaten durchaus befriedigend funktioniert, für die Schwäche der deutschen Regierungen verantwortlich zu machen. Schuld ist nicht das System, sondern die Art seines Funktionierens in Deutschland. Schuld trägt neben unsrer außenpolitischen Zwangslage und den schwierigen innerpolitischen Gegensätzen vor allem auch das politisch unerzogene deutsche Denken, das in irgendwelchen massenautomatischen oder diktatorischen Wunderaberglauben befangen ist.